

Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim
Herausgeber: Heimverband Schweiz
Band: 65 (1994)
Heft: 7

Artikel: Diskussionsveranstaltung zum "Jahr der Familie" : Familienpolitik : Utopie statt Resignation
Autor: Kane, Yvonne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-812214>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einmal mehr sind vor allem Frauen von den Sparmassnahmen des Staates betroffen.

- Einerseits als Arbeitnehmerinnen von Krippen und Tagesheimen. Die Kleinkinderzieherinnen – ein sogenannt «typischer Frauenberuf» – sind zum Beispiel heute in der Lohnklasse 25 eingereiht, also eher am unteren Ende der Lohnskala. Wenn ihnen die Teuerung nicht voll ausgeglichen wird, hat das für sie spürbare finanzielle Konsequenzen.

- Andererseits als erwerbstätige Mütter, die auf die zahlbare Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind.

Statt kurzfristig auf dem Buckel der Frauen und der Familien zu sparen und

„Für die Kinder gibt es in der Stadt ausserhalb der Wohnung kaum noch Möglichkeiten, mit anderen Kindern zu spielen.“

sich damit langfristig enorme gesellschaftliche Kosten einzuhandeln, wäre es sinnvoller, das ganze Angebot der ausserfamiliären Betreuung besser

zu koordinieren und auszubauen. Hier sind alle Beteiligten gefordert: Es braucht dringend eine bessere Zusammenarbeit der entsprechenden Staats-Stellen, der Regierung und des Parlamentes mit den Institutionen, die ganz konkret Tag für Tag diese gesellschaftliche wichtige Aufgabe erfüllen. Und es braucht das Bewusstsein, dass das Betreuungsangebot weder besser noch billiger wird, wenn einerseits die Stundenansätze der Tagesmütter erhöht und dafür den Krippen und Tagesheimen die Subventionen gekürzt werden. Dieses Nullsummenspiel geht allein zu Lasten der Kinder. Sie sind unsere Zukunft – deshalb müssen wir es uns sehr genau überlegen, ob hier am rechten Ort gespart wird. ■

Diskussionsveranstaltung zum «Jahr der Familie»

FAMILIENPOLITIK: UTOPIE STATT RESIGNATION

Von Yvonne Kane, Schweizerische Kindernachrichtenagentur

Das traditionelle Bild der Familie entspricht kaum mehr der Wirklichkeit, und trotzdem richtet sich die Sozialpolitik danach. Wie aber könnte der Staat die Familie in all ihren Erscheinungsformen angemessen fördern? An einer Veranstaltung «Familie und Sozialpolitik – Utopie statt Resignation» in Zürich suchte man auch provokative Antworten.

Politik für die Familie: Findet sie überhaupt statt? Für eine alleinerziehende Mutter? Für ein Elternpaar, das sich Erziehungs- und Erwerbsarbeit teilt? Für die Kinder einer geschiedenen Ehe? Oder auch nur für die «intakte Kleinfamilie», in der die Mutter einer Teilzeitarbeit nachgeht?

Geht man davon aus, dass die Familie ganz einfach der Ort ist, wo Kinder leben und betreut werden, so gibt es verschiedene Familienformen. Jedoch fallen diejenigen, die von der alten Norm abweichen und oft Hilfe dringend nötig hätten, leicht durch die Maschen des Netzes, welches die traditionelle Familienpolitik bietet. Wie auffangen? An einer von pro juventute, Pro Familia, dem Marie-Meierhofer-Institut für das Kind, dem Jugendamt des Kantons Zürich und dem Tagungszentrum Boldern gemeinsam organisierten Diskussionsveranstaltung suchten Fachleute und Teilnehmende nach neuen Ansätzen.

Existenzsicherung für Kinder

Für Angela Grosso Ciponte, Soziologin aus Basel, muss Familienpolitik in erster Linie Frauenpolitik sein, weil Frauen letztlich die Familie am meisten unterstützen. Kinderbetreuungsmöglichkeiten, damit Mütter Familie und Beruf vereinbaren

können, und die Anerkennung der Familienarbeit als gültige Erfahrung für das Erwerbsleben seien notwendig. Bei Lohnunterschieden zwischen 6 und 30 Prozent sei außerdem die Forderung nach Lohngleichheit für Frauen und Männer außerordentlich wichtig.

Ebenfalls von der unterschiedlichen ökonomischen Situation von Familienmitgliedern ging Lynn Blattmann aus. Die Zürcher Historikerin und Mitherausgeberin des Buches «Gegen das frauenspezifische Arbeitslos; Frauen, Arbeitsmarkt und Krise» äusserte Kritik an der Verteilung der knapper werdenden Erwerbsarbeit und am Ernährerlohn, der ein Privileg der Männer sei, ohne an eine wirklich vorhandene Familie gebunden zu sein. «Diese Finanzierungsform der Familie ist überholt», betonte sie und machte den provokativen Vorschlag, «für mehr Gerechtigkeit den Ernährerlohn abzuschaffen, zugunsten von Individuallöhnen für Männer und Frauen und einer garantierten Existenzsicherung für die Kinder, ähnlich der AHV oder der IV».

Mehr Gemeinschaft statt Gesellschaft

So weit wollte Peter Gurtner, stellvertretender Direktor für das Bundesamt für

Wohnungswesen, nicht gehen. Aber auch er sah die Gleichstellung von Frau und Mann als Ansatzpunkt für eine bessere Familienpolitik. Er trat ein für mehr «Gemeinschaft statt Gesellschaft», da man heute nicht viel mehr vom Staat fordern könne.

Wohnbauförderung zum Beispiel sei ebenso Familienförderung. Gerade im Bereich des Wohnens, das eine enorme soziale Bedeutung habe, könnte man dem Gemeinschaftsgedanken mehr Gewicht geben, meinte er. Wohnmodelle mit Kinderbetreuungsangebot, Nachbarschaftshilfe, nahem Arbeitsplatz und kinderfreundlichem Wohn- und Spielraum seien zukunftsweisend. ■

Bewusstsein schaffen für die Familie

Nur Utopien und Hoffnungen? Die Widerstände gegen eine Neuorientierung in der Familienpolitik haben sehr viel mit Macht, Geld und bestehenden Strukturen zu tun. Eine Sensibilisierung für die Bedürfnisse der Familie tut not. «Die traditionelle Politik lässt wenig Spielraum», sagte Angela Grosso Ciponte. «Letztlich sollte der Staat jedoch Sozialpolitik im Interesse des Kindes machen.» ■